

# Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Mitteilung für die Presse

Wiesbaden, 15. November 2000

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung veröffentlicht heute sein

## Jahresgutachten 2000/01.

Der Konjunkturmotor läuft rund, die deutsche Wirtschaft befindet sich im Aufschwung. Die Produktion nimmt in diesem Jahr, trotz der deutlichen Verteuerung des Rohöls, mit einem Anstieg von 3,0 vH so kräftig zu wie seit langem nicht mehr. Allerdings ist dies im Vergleich mit den anderen Ländern des Euro-Raums nur unterdurchschnittlich; zusammen mit Italien bildet Deutschland weiterhin das konjunkturelle Schlusslicht.

Im Verlauf des Jahres 2001 wird sich der Aufschwung festigen und an Breite gewinnen: Die Binnennachfrage, getragen von einer lebhaften Investitionstätigkeit und anziehenden Konsumausgaben, wird den Export als konjunkturelle Antriebskraft ablösen. Geprägt wird die wirtschaftliche Entwicklung durch die Effekte des Ölpreisschocks, einer sich normalisierenden Weltkonjunktur und expansiven finanzpolitischen Impulsen. Per saldo ist im Jahre 2001 mit einer Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts um 2,8 vH zu rechnen.

Der Titel des Jahresgutachtens 2000/01 lautet:

### **"Chancen auf einen höheren Wachstumspfad"**

Ein wichtiger Aspekt der wirtschaftspolitischen Analyse besteht in diesem Jahr in der Frage, welche Chancen und Risiken die Entwicklungen im dynamischen Bereich der Neuen Ökonomie mit sich bringen. Der Sachverständigenrat zeigt in seinem Jahresgutachten auf, wie durch eine nachhaltige und konsistente Wirtschaftspolitik Innovationskraft und Leistungsbereitschaft frei gesetzt werden können und dadurch die Aussicht auf einen dauerhaft höheren Wachstumspfad eröffnet wird.

In wichtigen Politikbereichen wurden die Weichen bereits richtig gestellt:

Die Finanzpolitik hat die Haushaltskonsolidierung vorangetrieben und über die Steuerreform beträchtliche Entlastungen der Bürger und Unternehmen auf den Weg gebracht, dadurch wurde die Attraktivität des Investitionsstandort Deutschland verbessert. Der von der Bundesregierung verfolgte konzeptionelle Ansatz hat jedoch noch Schwachstellen; nach wie vor ungelöst sind außerdem die Fragen der Finanzverfassung.

Im Bereich der Alterssicherung wurde mit dem vorgelegten Reformentwurf ein wichtiger und großer Schritt in Richtung eines zukunftsfähigen mischfinanzierten Systems getan. Die staatliche Förderung der Privatvorsorge wird begrüßt. Skeptisch ist der Sachverständigenrat allerdings, ob die langfristigen Beitragsziele erreicht werden können. Kritisch wird zudem der Ausgleichsfaktor beurteilt; solange die Beiträge zur privaten Altersvorsorge freiwillig bleiben, plädiert der Rat für eine Modifizierung der jährlichen Rentenanpassung. Zu einer weiteren Beitragsentlastung regt er an, ab dem Jahre 2010 das gesetzliche Renteneintrittsalter bis zum Jahre 2030 gleitend auf 67 Jahre zu erhöhen. Weiterhin würde es der Reform dienen, den Einstieg in die nachgelagerte Besteuerung der Beiträge zur Gesetzlichen Rentenversicherung möglichst rasch zu vollziehen.

Die Lohnpolitik war moderat und hat einen beschäftigungsfreundlichen Kurs eingeschlagen; gleichwohl ist die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt unbefriedigend. Die konjunkturelle Entlastung hat zwar auch dort Spuren hinterlassen, aber bei der Lösung des derzeit dringlichsten Problems, der hohen Sockelarbeitslosigkeit, konnten kaum Fortschritte verzeichnet werden. Mehr als enttäuschend ist die Situation in den neuen Bundesländern. Der Abbau der Arbeitslosigkeit machte dort trotz des günstigen konjunkturellen Umfelds keine Fortschritte. Alles in allem ist das Ziel eines hohen Beschäftigungsstands noch weit entfernt.

Die günstige konjunkturelle Ausgangslage sollte nun genutzt werden, um die wirtschaftliche

Entwicklung nachhaltig zu stärken. Die Chancen dafür stehen nicht schlecht, wenn jetzt die noch zahlreich vorhanden strukturellen Schwächen der deutschen Volkswirtschaft dauerhaft beseitigt werden.

Nur wenn die – unabweisbaren – Herausforderungen der globalisierten Wissens- und Informationsgesellschaft durch eine marktorientierte Wirtschaftspolitik offensiv angegangen werden, wird der Hoffnungsträger Neue Ökonomie sein Potential entfalten können.

Entscheidend ist hierbei insbesondere eine hohe Flexibilität des Arbeitsmarkts, damit die im Übergang von der Industrie zur Dienstleistungsgesellschaft freigesetzten Arbeitnehmer rasch wieder eine neue Beschäftigung finden und sich die Arbeitslosigkeit nicht weiter verhärtet. Eine den Erfordernissen des Strukturwandels angemessene Arbeitsmarktordnung und moderne Tarifverträge lassen Raum für Lohndifferenzierung nach qualifikatorischen, betrieblichen und regionalen Aspekten; hier besteht akuter Handlungsbedarf. Vor dem Hintergrund der gestiegenen Flexibilitätsanforderungen sind die von der Bundesregierung geplanten Regulierungen des Arbeitsmarkts kritisch zu beurteilen.

#### Wirtschaftliche Eckdaten für Deutschland

	Einheit	1997	1998	1999	2000 <sup>1)</sup>	2001 <sup>1)</sup>
Bruttoinlandsprodukt	vH <sup>2)</sup>	1,4	2,1	1,6	3,0	2,8
Inlandsnachfrage <sup>3)</sup>	vH <sup>2)</sup>	0,6	2,4	2,4	2,0	2,4
Ausrüstungsinvestitionen	vH <sup>2)</sup>	3,7	9,2	6,7	9,0	7,9
Bauinvestitionen	vH <sup>2)</sup>	-1,5	-1,0	0,5	-2,4	-0,5
Sonstige Anlagen	vH <sup>2)</sup>	5,9	10,9	12,4	10,3	9,7
Konsumausgaben	vH <sup>2)</sup>	0,3	1,6	1,9	1,7	2,1
Private Haushalte <sup>4)</sup>	vH <sup>2)</sup>	0,7	2,0	2,6	1,9	2,5
Staat	vH <sup>2)</sup>	-0,9	0,5	-0,1	1,3	0,8
Exporte von Waren und Dienstleistungen	vH <sup>2)</sup>	11,3	7,0	5,1	12,9	8,9
Importe von Waren und Dienstleistungen	vH <sup>2)</sup>	8,4	8,6	8,1	9,9	8,2
Erwerbstätige (Inland) <sup>5)</sup>	Tausend	-76	346	402	598	395
Arbeitslosenquote <sup>6)</sup>	vH	11,4	11,1	10,5	9,6	9,1
Verbraucherpreise <sup>7)</sup>	vH	1,9	1,0	0,6	2,0	2,0
Finanzierungssaldo des Staates <sup>8)</sup>	vH	-2,7	-2,1	-1,4	+1,4	-1,6

1) Jahr 2000: Eigene Schätzung, 2001: Prognose. - 2) In Preisen von 1995; Veränderung gegenüber dem Vorjahr. - 3) Inländische Verwendung. - 4) Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. - 5) Veränderung gegenüber dem Vorjahr. - 6) Anteil der registrierten Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen (abhängige zivile Erwerbspersonen, Selbständige, mithelfende Familienangehörige). Von 1997 bis 1999 Quelle: BA. - 7) Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte (1995 = 100); Veränderung gegenüber dem Vorjahr. 8) Finanzierungssaldo der Gebietskörperschaften und Sozialversicherung in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt.

Herausgeber: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung  
 Statistisches Bundesamt, Gustav-Stresemann-Ring 11, 65180 Wiesbaden  
 Telefon: 0611/75-2390, Telefax: 0611/75-2538; E-Mail: SRW@statistik-bund.de